



Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement

HANDELSABTEILUNG

Jo

Département fédéral de l'économie publique

DIVISION DU COMMERCE

Ro TS1.821.AVA
ad M.3 -ST/mb

St. 5 min parler S.V.P. 25 XI 64

BERN, den 24. November 1964

Schweizerische Botschaft

P r a g

Ref. M.3.
M.30

Herr Botschafter,

Wir gelangten in den Besitz Ihres Schreibens vom 5. November a.c. wie auch der Kopie Ihres an die Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD gerichteten Briefes vom 12.d.M. betreffend die Absichten des tschechoslowakischen Journalisten Arnošt VRAJIK, einige Artikel in der tschechischen Presse über die schweizerische Aussenhandelspolitik und insbesondere über die Entwicklung und die Tendenz der schweizerisch-tschechischen Handelsbeziehungen zu veröffentlichen. Im Zuge der derzeitigen Selbstkritik in den meisten Staaten Osteuropas und namentlich auch in der USSR soll es VRAJIK auch darum gehen, durch eine scharfe Kritik gegebenenfalls einen Beitrag zur Verbesserung der heutigen Situation zu erbringen.

Wie wir Ihrem Mitarbeiter Herrn Stettler anlässlich der telephonischen Unterredung vom 23.d.M. mitteilten, könnte man über den ganzen Fragenkomplex eine voluminöse wissenschaftliche Arbeit schreiben, geht es doch letzten Endes darum, die Vor- und Nachteile der freien Marktwirtschaft der Staatswirtschaft kommunistischer Prägung gegenüberzustellen.

Bei einer Kritik der derzeitigen Zustände - soll diese überhaupt von einiger praktischer Tragweite sein - muss man sich doch wohl auf im günstigsten Fall realisierbare Teilgebiete beschränken, wobei vorausgesetzt wird, dass die grundsätzlichen Züge des kommunistischen Regimes vorerst nicht nachhaltig geändert werden können.

ja In bezug auf die grossen Linien der schweizerischen Integrationspolitik gehen wir davon aus, dass Sie durch das Integrationsbureau und andere Stellen genügend dokumentiert sind, um Ihrem Gesprächspartner die Haltung unseres Landes darzulegen.

Nachfolgend möchten wir stichwortartig einige der Hauptursachen anführen, die sich, wie auch Ihnen ohne weiteres bekannt ist, seit dem politischen Umsturz in der Tschechoslowakei im Jahre 1948 nachteilig auf die schweizerisch-tschechischen Wirtschaftsbeziehungen ausgewirkt haben. Hiebei besteht hinsichtlich der Schweiz noch eine Besonderheit. Viele dieser Ursachen gelten ohne weiteres auch für die Beziehungen der Tschechoslowakei zu anderen westlichen Ländern mit freier Marktwirtschaft. Bedingt durch die besondere Konstellation

c'est dépassé!

in der Schweiz kommt hinzu, dass viele Geschäfte, die trotz den zu skizzierenden strukturellen Schwierigkeiten noch möglich wären, sehr erschwert oder gar verunmöglicht werden, weil der schweizerische Konsument oder die schweizerische Geschäftswelt aus rein politischen und gefühlsmässigen Gründen gegen den Handel mit einem kommunistischen Land eingestellt ist. Zugegebenermassen hat sich die Anti-Ost-handelswelle seit einiger Zeit stark gelegt. Doch bleibt ein gewisser Widerstand übrig, dessen quantitative Auswirkung auf den Warenaustausch kaum erfasst werden kann.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen, folgen einige der wichtigsten systembedingten Gründe, die erfahrungsgemäss die Wirtschaftsbeziehungen und insbesondere den Warenaustausch zwischen der Schweiz und Ihrem Gastland ungünstig beeinflussen.

- Die ausschlaggebenden Triebfedern der freien Marktwirtschaft, nämlich die Befriedigung der Konsumentenwünsche zu Konkurrenzpreisen (Weltmarkt) sind weitgehend ausgeschaltet worden.
- Die ^{Wirtschaft der} Tschechoslowakei hat sich weitestgehend politischen Zielen (Primat der Schwerindustrie, Politik des COMECON, politisch bedingtes Uebergewicht der Beziehungen zur USSR usw.) unterzuordnen.
- Mehr oder weniger vollständige Abkapselung der tschechoslowakischen Wirtschaft von der ausländischen westlichen Konkurrenz, was zur Verminderung der Leistungs- und Anpassungsfähigkeit führt.
- Verschwinden traditioneller Exportgüter aus dem Lieferprogramm (Beispiel: schwere Kurbelwellen für Explosionsmotoren und ähnliche Spezialschmiedestücke).
- Mangelndes Vertrauen schweizerischer Importeure in die Kontinuität traditioneller tschechischer Lieferungen bedingt durch immer mögliche politische Einwirkungen.
- Durch die Einführung des Aussenhandelsmonopols (Aussenhandelsorganisationen d.h. Verwaltungsstellen mit anonymem Personal) Abreissen der traditionellen Verbindungen zwischen schweizerischen und tschechischen Geschäftspartnern mit allen andern nachteiligen Folgen einer solchen tiefgreifenden Umstellung (Vertreterproblem, Kontaktnahme mit den Konsumenten usw.).
- Mangelnde Lieferfähigkeit der tschechoslowakischen Aussenhandelsorganisationen bedingt durch die bekannten innerwirtschaftlichen Schwierigkeiten. Hierher gehört auch das Qualitätsproblem.
- Da sich der grösste Teil des tschechischen Aussenhandels mit Staatshandelsländern abwickelt, gingen den zuständigen Aussenhandelsorganen die Kenntnisse und auch das Interesse zur Pflege eines freien Marktes mit seinen spezifischen Anforderungen verloren.
- Verschiedenartige zum Teil bereits erwähnte Schwierigkeiten, Absatz für die tschechischen Waren auf den freien Märkten zu finden, führten zu Kompensations- bzw. Reziprozitätsgeschäften, die wiederum den Absatz insbesondere von Konsumgütern in der Tschechoslowakei verunmöglichen oder erschweren (Preisverzerrungen usw.), insoweit solche Güter überhaupt zur Einfuhr zugelassen sind.

- 3 -

- Aus den geschilderten Gegebenheiten bezüglich des Warenaustausches zwischen der Schweiz und der Tschechoslowakei, auf den, wie die nunmehr langjährige Erfahrung gezeigt hat, handelsvertraglich nicht wesentlich Einfluss genommen werden kann, ergab sich eine ziemlich einseitige Struktur unserer Exporte. Diese setzen sich bekanntlich hauptsächlich aus Erzeugnissen der chemischen und Maschinenindustrie zusammen (siehe Beilage über die Entwicklung der schweizerischen Ausfuhren in Franken und Prozent in den Jahren 1960/63).
- *agences, représentations, laboratoires de maisons suisses en Tchécoslovaquie supprimés.*

Aus diesen wenigen, wie schon erwähnt nicht systematischen und unvollständigen Hinweisen dürfte hervorgehen, wie komplex die sich stellenden Probleme sind. Am Beispiel der jugoslawischen Wirtschaft, deren Führer sich bekanntlich seit langem bemühen, im Rahmen einer Staatswirtschaft Elemente der freien Marktwirtschaft wirksam werden zu lassen, ergibt sich am deutlichsten, was von einzelnen Massnahmen erwartet werden kann und wie weit der Weg ist, der zu einigermaßen befriedigenden Ergebnissen führt, wenn es überhaupt als möglich erachtet werden kann, einen Kompromiss zwischen beiden Systemen zu finden.

Wir hoffen, Ihnen anhand dieser summarischen Hinweise noch einige Angaben gemacht zu haben, die Sie in geeigneter Form an Herrn VRAJIK weiterleiten können. Es würde uns selbstverständlich interessieren, von seinen Veröffentlichungen wenn möglich vor deren Publikation Kenntnis nehmen zu können.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

HANDELSABTEILUNG

Beilage erwähnt

1. 12. 61